



Naturschutzbund Deutschland – NABU Gruppe Marburg e.V.

Eberhard Lübbecke, Dürerstr.7, 35039 Marburg , den 20.01.2021
E-Mail: info@nabu-marburg.de
Telefon: 06421 – 682408
www.nabu-marburg.de

Stellungnahme NABU-Marburg e.V. zu dem Masterplan Behring-Standort

Der Naturschutzbund NABU Marburg e.V. nimmt hier zu Aussagen des „Masterplan Behring-Standort“ Stellung und zwar unter der Fragestellung, wie Industrieansiedlung und Umweltschutz realisiert werden können.

In Zeiten des Klimawandels und des Artensterbens ist es prinzipiell fragwürdig, dass der Masterplan überhaupt kein eigenständiges Kapitel zum Thema Umwelt-, Natur- und Ressourcenschutz enthält. Der erste wichtige Schritt für nachhaltiges Handeln besteht darin, sich bereits auf der Planungsebene Gedanken darüber zu machen, wie die Standortentwicklung sozial-ökologisch erfolgen kann. Welche Konzepte werden zugrunde gelegt, damit unter anderem möglichst wenig Fläche neu versiegelt werden muss, dass möglichst Ökostrom verwendet oder zumindest gefördert werden kann, kürzere Pendelwege und nachhaltige Mobilität tatsächlich implementiert werden, Ressourcen wie Wasser, aber auch Materialien/Abfälle geschont bzw. im Kreislauf geführt werden? Dazu finden sich bisher teilweise nicht einmal grundlegende Ansätze in dem sogenannten „Masterplan“.

Fraglich ist in diesem Zusammenhang auch das etwas undurchsichtige Vorgehen von Pharmaserv und den Behörden bei der Errichtung von zwei oberirdischen Wasserbehältern im Marbacher Wald, das uns besonders hellhörig werden lässt. Hier sollen zwei Wasserbehälter entstehen mit einem Fassungsvermögen von 10.000m³ und die von einer Leichtbauhalle umschlossen werden. Dieses Projekt wurde nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) genehmigt mit der

Zustimmung der Oberen Naturschutzbehörde, der Oberen Forstbehörde und in Abstimmung mit der Bauaufsichtsbehörde der Stadt Marburg.



Foto: Bauplatz für zwei Wasserbehälter von Pharmaserv im Marbacher Wald / 31.07.2020

Nicht eingebunden in diese Projektierung waren die Ortsbeiräte Marbach und Michelbach und außen vor war die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Marburg! Es stellt sich, leider im Nachhinein, die Frage, ob die demokratisch gewählten Gremien diesen massiven Eingriff in „unseren“ Wald jemals zugestimmt hätten. Und das vor dem Hintergrund, dass dieses zusammenhängende Waldgebiet durch Trockenheit und Borkenkäfer schon massiv geschädigt ist.

Zwar war eine Bürgerbeteiligung nicht unbedingt vorschrieben, aber da das Vorhaben in das Gesamtkonzept „Masterplan Behringwerke“ eingebettet ist und über dies hinaus in „unseren“ Wald eingreift, wäre eine transparentere Vorgehensweise ein Muss gewesen. So müssen sich Behörden und Pharmaserv den Vorwurf gefallen lassen, dass mal wieder „hinter verschlossenen Türen“ verhandelt und genehmigt wurde. Gemeinsame Lösungen lassen sich doch viel besser im Dialog finden. Künftig muss also mit einer besonders kritischen Beobachtung durch Naturschutz- und Umweltverbände gerechnet werden. **Ein insgesamt transparenteres Vorgehen aller Beteiligten in den verschiedenen Planungsstufen (bspw. durch Einrichtung einer entsprechenden Online-Beteiligungsplattform) sollte daher in den Plan festgeschrieben werden!**

Wir beziehen uns im Weiteren auf die **Beschlussvorlage des Marburger Stadtparlaments VO/ 7297/2020 vom 04.03.2020 (Sammeldokument):**

>> **Vorbemerkung (S. 3ff)**

In der Vorbemerkung wird herausgestellt, dass der Pharmastandort unstrittig zu Marburg gehört und auf den verschiedensten Ebenen seine prominente Bedeutung hat.

Von seinem Wachstum profitiere die gesamte Region, natürlich vor allem rein wirtschaftlich. Die potentiell negativen Folgen für das Klima, den Verkehr und das Sozialleben bleiben größtenteils unberücksichtigt.

Der Masterplan zeichnet in vielerlei Hinsicht durch seine Unausgewogenheit und eine klare Parteilichkeit aus.

>> **Herausforderungen gemeinsam meistern**

Die Aussage „komplexe Vorhaben brauchen komplexe Antworten“ ist immer richtig: wenn in Perspektive 1000 bis 1500 neue Arbeitsplätze entstehen sollen, wird die Bewältigung des zusätzlichen entstehenden motorisierten Verkehrs eine zentrale Herausforderung (dazu mehr unter 3 Verkehrsinfrastruktur), erste Planungsideen zum Ausbau des ÖPNV und des Radverkehrs werden hier postuliert zum Beispiel mit einem direkten Radweg vom Stadtteil Wehrda **durch den Wald** zu den Standorten der Behring Firmen.

Lösungen für den Autoverkehr sollen unter Bürger*innen Beteiligung und größter Transparenz durch eine Untersuchung des Gesamtstädtischen Verkehrs gefunden werden.

Bereits unter den Vorbemerkungen wird auf die Problematik von Flächenversiegelungen verwiesen, die bei weiteren Gewerbeansiedlungen unvermeidlich sind. Man vertraut auf „das gelebte Bewusstsein der Standortunternehmen für den Schutz unserer Umwelt“ (S.4)

Dieses Bewusstsein muss wohl erst noch belegt werden (bspw. gibt es keinen Nachhaltigkeitsbericht oder Ähnliches für den Gesamtstandort Behringwerke, was bei einem propagierten „Umweltbewusstsein“ doch das Mindeste wäre). Auch beim Bau der Wasserbehälter haben wir es vermisst.

>> **1 Bedeutung des Standorts für Marburg und die Region (S.6ff)**

Rund 6000 Menschen arbeiten derzeit an den Standorten...

Wie in der Autoindustrie hängen an der Produktion immer auch ein großer Anteil von Zulieferfirmen, Dienstleistungsunternehmen und Handwerksbetrieben, die durch diesen Standort der Pharmawerke profitieren, Arbeitsplätze vorhalten und ebenfalls Gewerbesteuer zum Teil an die Stadt Marburg entrichten.

Mit welchen wirtschaftlichen Schwergewichten wir es zu tun haben verdeutlicht eine Gegenüberstellung der Umsatzzahlen von CSL und dem Haushalt der Stadt Marburg:

CSL machte in 2019 einen Umsatz von 4,58 Milliarden US-Dollar und hatte in 2019 einen ausgewiesenen Nettogewinn von 2,2 Milliarden US-Dollar. (OP 20.08.20)

Das weltweit forschende Gesundheitsunternehmen **GSK Vaccines** machte in 2019 einen Gesamtumsatz von 38,5 Mrd. €

Das medizintechnische Unternehmen **Siemens Healthineers** hatte im Jahr 2020 einen Umsatz von 14,5 Mrd. €

So zahlten die Standortfirmen in 2018 **87 Mill.€ Gewerbesteuer** an die Stadt Marburg (S. 8), aktuellere Angaben liegen uns nicht vor.

Der Haushalt der Stadt Marburg dagegen hat für das Jahr 2020 einen Ertragsumfang von 245 Millionen € und geplante Ausgaben von 271 Millionen €, also ein Defizit von 26 Mio. €.

Der Blick auf die Gewerbesteuereinnahmen macht deutlich in welcher Abhängigkeit die Stadt Marburg von der ökonomischen Präsenz der Pharmafirmen ist.

Mit diesem „Selbstbewusstsein“ nehmen auch die Vorstände der Konzerne Einfluss auf die für sie wichtigen kommunalen Entscheidungen. CSL Konzernchef Michael Schröder kündigte in der OP vom 19.2.2019 an,

„...dass CSL-Vertreter auch für die Vollversammlung der IHK und die Regionalversammlung kandidieren – „denn wir müssen in diesen Gremien aktiver werden“. Bisher sei es immer Strategie von CSL gewesen, sich aus der Politik herauszuhalten, das habe sich nun geändert. „Wir wollen dort mitarbeiten und wichtige Punkte adressieren, die nicht nur für uns, sondern auch für die Region wichtig sind.“ Die Region profitiere davon, wenn der Standort prosperiere und man langfristig auf CSL zählen könne.“

Dabei ist davon auszugehen, dass die zentralen Entscheidungen z.B. für CSL in King of Prussia im US-Bundesstaat Pennsylvania getroffen werden.

Ob hier also wirklich immer im Interesse der Region gehandelt wird, sollte insofern von allen Beteiligten kritisch hinterfragt werden. Der Masterplan könnte insofern festhalten, dass kurzfristige monetäre Interessen hinter dem Gemeinwohl zurücktreten müssen.

Im Masterplan wird anerkennend festgestellt, dass die Standortunternehmen „in hohem Maße ressourcensparend im Umgang mit Energie und Wasser“ agieren. So z.B. in Bereichen von Wärmerückgewinnung, interne Wasserrückgewinnung (siehe: 2 Technische Infrastrukturentwicklung)

>> Trinkwasser / >> 2.2 Wasser (S.11 ff)

Zum Jahr 2024 werde sich der Bedarf an Trinkwasser für die gesteigerte Produktionskapazitäten um rund 50% erhöhen (von 1,2 Mio. m³ auf 1,8 Mio. m³).

Derzeit sei „...noch nicht abschließend geklärt, wie der zusätzlich benötigte Wasserbedarf rechtzeitig und wirtschaftlich gewonnen und bereitgestellt werden kann.“ (S.11)

Im Prinzip geht man davon aus, dass der zusätzliche Bedarf über den Zweckverband Mittelhessische Wasserwerke (ZMW) bereitgestellt wird.

Hier muss warnend darauf hingewiesen werden, dass das Gewinnungsgebiet auch Teilbereiche des Burgwaldes beeinflusst, der schon jetzt durch die Stressfaktoren der Trockenheit und des Borkenkäfers massiv in Mitleidenschaft gezogen wurde.

Für die Gewinnung von Trinkwasser in unserer Region fordert Dr. Anne Archinal von der Aktionsgemeinschaft „Rettet den Burgwald“ ein **regionales Wasserkonzept** ein,

so wie es das „Leitbild Integriertes Wasserressourcen-Management-Rhein-Main“ des Landes Hessen erfordert. Die Trockenjahre 2018-20 haben gezeigt, dass man dem Naturraum nicht noch mehr Grundwasser entziehen darf um den Zusatzbedarf in der Region zu decken und gleichzeitig (ohne Not) Trinkwasser in das Rhein-Main-Gebiet zu liefern. Der Wasserhaushalt in Mittelhessen verändert sich gravierend und immer schneller. Starkregenereignissen und längere Trockenperioden führen zu einer sinkenden Grundwasserneubildung. Hier liegt nicht nur ein wasserwirtschaftliches und ökologisches Risiko, sondern auch ein ökonomisches, sodass dringend angeraten ist, die schon jetzt vorhandenen Alternativen zu prüfen und einzubinden. Dazu wäre auch ein teilräumliches Konzept für den Pharmastandort Behringwerke wünschenswert. Wichtig dabei ist die Frage, wo wertvolles Trinkwasser durch Brauchwasser ersetzt werden kann, z. B. könnte man das auf den riesigen Parkflächen anfallende Regenwasser oder wenig kontaminierte „Produktionswässer“ zur Toilettenspülung nutzen.

Der „Masterplan“ verschiebt zu unserem Unverständnis derart wichtige Fragen in eine durch den Klimawandel immer ungewisser werdende Zukunft, obwohl es hier um eine überlebenswichtige Ressource für Menschen, Tiere und Pflanzen geht.

>>> 2.3 Abwasser

Die um 50 % gesteigerte Menge an Trinkwasser führt logischerweise auch zu einer erhöhten Abwassermenge. Wurde bisher über Pumpstationen das Abwasser über Michelbach nach Wehrda transportiert, soll jetzt zusätzlich noch Wasser in den Kanal der Emil-von-Behring-Straße abgeleitet werden.

Hier stellt sich die Frage, ob diese zusätzlichen Wassermengen nicht bei Starkregen zu Überschwemmungen im Bereich der Ketzlerbach führen, so wie das vor dem Bau eines Wasserrückhaltebeckens (dieses Wasser könnte auch als Brauchwasser genutzt werden) früher von Zeit zu Zeit der Fall war.

Auch muss hinterfragt werden, ob das Klärwerk in Cappel für die besonderen Abwässer aus der Pharmaindustrie gerüstet ist. Die Belastung der Gewässer (hier im Besonderen der Lahn) durch Mikroschadstoffe wie Pharmazeutika, aber auch Mikroplastik, nehmen bekanntlich immer weiter zu, ohne dass eine verlässliche Lösung (bspw. mit einer flächendeckenden vierten Reinigungsstufe) gefunden wurde, gar nicht zu sprechen von einer Beseitigung der bereits vorhandenen Verunreinigungen. Eine Erweiterung des Pharmastandorts wird die Emissionen aus den Anlagen logischerweise nicht verringern, aber auch hierüber wird nicht einmal ansatzweise im Masterplan diskutiert. Welche Anforderungen werden dahingehend an die Behringwerke gestellt und ist die zur Verfügung

Der rücksichtslose Kahlschlag im Marbacher Wald zum Bau der Wasserbehälter zeigt, dass die Verantwortlichen der Konzernzentralen und der Stadt Marburg überlebenswichtigen Faktoren wie Wasser und Natur der Expansion der Pharmabetriebe unterordnet.

>>> 3 Verkehrliche Infrastruktur (S.13 ff)

Der NABU wehrt sich entschieden dagegen, dass man die Schaffung neuer

Arbeitsplätze gegen alternative Verkehrskonzepte zur Reduzierung der Emissionsbelastungen durch den motorisierten Verkehr gegeneinander ausspielt.

Wie passt die Standorterweiterung mit dem Luftreinhalteplan der Stadt Marburg und den international gesteckten Zielen bezüglich des Klimaschutzes zusammen? Wir befinden uns in einem globalen Wirkgeflecht und der Verantwortung dafür kann sich auch die Stadt Marburg nicht entziehen, geschweige denn von der Verantwortung für die regionale Gesundheit seiner Bürger*innen.

Wir befürchten, dass die perspektivisch 1000 – 1500 neuen Arbeitsplätze entstehen, bevor es auch nur eine wirksame Maßnahme zur Schadstoffreduzierung des motorisierten Verkehrs umgesetzt wurde!

Die über 20 Jahre alte Forderung der Marburger CDU den Bau des sogenannten Behring-Tunnels neu zu prüfen, halten wir für populistisch und soll eine Lösungsoption im Rahmen des kommenden Kommunalwahlkampfes vorgaukeln.

NABU Marburg fordert ein betriebliches Mobilitätsmanagement

Der Berufspendel-, Kunden- und Zulieferverkehr ist maßgeblich an den immer häufigeren und längeren Staus insbesondere in den Bereichen von der Bahnhofstraße, Elisabethstraße, Ketzerbach, Marbacher Weg, Emil-von-Beringstraße und in der Gegenrichtung auch in Teilen der Deutschhausstraße, Bunsenstraße und Robert-Kochstraße beteiligt.

Für ortsfremde Anlieferverkehre zeigen alle Navigationsgeräte den kürzesten Weg von der Stadtautobahn durch die Innenstadt zu den Werksstandorten.

Alle bisherigen betrieblichen Maßnahmen zur Verkehrsreduzierung sind gescheitert. Die Wirtschaft kann und muss aber einen evidenten Beitrag zur Lösung der Verkehrsprobleme beitragen: dazu muss ein betriebliches Mobilitätsmanagement erarbeitet werden.

Es reicht nicht aus für die Mitarbeiter*innen üppigen und kostenlosen Parkraum (=unwiederbringlich versiegelte Fläche mit sehr geringem Nutzen für die Allgemeinheit) zur Verfügung zu stellen.

Es müssen in einem betrieblichen Mobilitätsmanagement in Zusammenarbeit mit der Stadt und den Verkehrsverbänden nachhaltige alternative Konzepte entwickelt werden, die es für die Mitarbeiter*innen attraktiv macht auf den ÖPNV umzusteigen. Hier sind die Verkehrsverbände gefordert die Taktungen so zu gestalten, dass man nicht noch erheblich längere Anfahrtszeiten hat, wenn man den Bus benutzt.

Eine Möglichkeit könnte hier auch sein, dass die Behringwerke selbst (oder in Kooperation mit den ÖPNV-Betrieben) betriebseigene Pendlerbusse zur Verfügung stellen, die Mitarbeiter*innen kostenlos oder gegen ein geringes Entgelt nutzen können.

Eine grundlegende und leider noch nicht realisierte Voraussetzung den Umstieg zu Fördern ist die Einführung des **Job-Tickets für alle Beschäftigte** an den Standorten. Es müssen zudem mehr Anstrengungen unternommen werden, um das Umsteigen auf das Fahrrad / E-Bike zu erleichtern.

Die Betriebe können viel zur Fahrradförderung beitragen:

- Wettergeschützte Abstellanlagen direkt an den Werkseingängen
- Duschen und Kleiderspinne für Radfahrer*innen
- Prämien für Radfahrer*innen, weil sie seltener und kürzer krank sind
- Großzügige Zuschüsse für die private Anschaffung von E-Bikes
- Aufbau von firmeneigenen E-Bike-Pools zur Ausleihe
- Kostenlose Ladestationen für die Benutzer

Seitens der Stadt Marburg muss der Bau von Fahrradwegen zu den Standorten priorisiert werden.

Transportgüter sollten in neu zu errichtende Lager an der B3 angeliefert und von dort mit HUBs mit Elektromotoren durch die städtischen Zufahrtsstraßen transportiert werden.

Für ein nachhaltiges und alternatives betriebliches Mobilitätsmanagement muss ein Planungsinstitut seitens der Standortfirmen beauftragt werden, mit dem Auftrag kurz-, mittel und langfristige Lösungsvorschläge zu erarbeiten.

Das **betriebliche Mobilitätsmanagement** muss dann verknüpft werden mit dem **gesamstädtischen Verkehrs- und Mobilitätskonzept**, dass noch in diesem Jahr fertiggestellt sein soll. Dann erfordert es auch zügige Umsetzungen:

Maßnahmen zur Reduzierung von Stickoxiden und Feinstaub

Stickoxide und Feinstaub sind Bestandteile in der Luft, die je nach Konzentration die Gesundheit des Menschen gefährden.

Das Recht zum Einatmen von sauberer Luft ist nicht nur für die besonders stark betroffenen Anwohner umzusetzen.

Auf Initiative der Deutschen Umwelthilfe wurden in 2018 in deutschen Städten Messungen zu Stickoxiden vorgenommen. Eine Messung in Marburg ergab, dass die Grenzwerte in der Bahnhofstraße überschritten wurden, in der Ketzerbach lagen die Werte knapp unter dem Grenzwert.

Um die Luftqualität zu kontrollieren, sind an den Hauptzufahrtsrouten ständige Messungen von Feinstaub und NO₂ (Stickoxid) vorzunehmen.

„Die Messwerte des Parameters Stickstoffdioxid (NO₂) liegen seit Jahren über dem Grenzwert von 40 µg/m³. An der Messstation „Universitätsstraße“ wird der zulässige Jahresmittelwert - wenn auch mit stetig sinkender Tendenz - regelmäßig überschritten. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass an den Marburger Straßen mit einer vergleichbaren Verkehrsbelastung wie in der Universitätsstraße, die Werte für Stickstoffoxide ebenfalls erhöht sind.“ (Luftreinhalteplan für das Gebiet Mittel- und Nordhessen, 1. Fortschreibung, S.40)

Wie die geplante Standorterweiterung mit den Themen Luftreinhaltung und Lärm auch in Bezug auf bereits bestehende Luftreinhalte- und Lärmaktionsplanungen zusammenpasst, bleibt im „Masterplan“ ebenfalls offen. Allein anhand des zu erwartenden Mehrverkehrs als auch der Mehrproduktion könnten grundlegende Modellrechnungen erstellt werden, um eine grobe Einschätzung der künftigen Situation zu erhalten und entsprechende Maßnahmen zumindest in Aussicht zu stellen. Das Dokument enthält nicht einmal eine dahingehende Forderung.

Wir fordern daher eine Aktualisierung und zweite Fortschreibung des Luftreinhalteplans für die Stadt Marburg unter besonderer Berücksichtigung des Verkehrsaufkommens in der Marburger Nordstadt (Bahnhofstrasse -Elisabethstraße – Ketzlerbach – Marbacher Weg - E.-v.-Beringstraße).

Weitere Themenfelder, die im Zusammenhang mit den Erweiterungen der Industriestandorte diskutiert und berücksichtigt werden müssen:

Lichtverschmutzung

Ein weiteres wichtiges und schon länger diskutiertes Umweltthema wird beflissentlich übergangen: Lichtverschmutzung. Hier geht es keinesfalls um "schmutziges" Licht, sondern die Aufhellung des Nachthimmels durch künstliche Lichtquellen. Der jährliche Zuwachs beträgt in Deutschland unglaubliche 6%. Und das nicht nur in Städten mit ihren riesigen Lichtkegeln, sondern auch im ländlichen Raum. Der natürliche Rhythmus zwischen Tag und Nacht ist gestört und beeinträchtigt alle Tiere und Pflanzen. Neben ökologischen Auswirkungen hat die Lichtverschmutzung negative gesundheitliche Effekte auf den Menschen, der sich der allgegenwärtigen Beleuchtung nicht mehr entziehen kann. Ganz zu schweigen vom kulturellen Verlust unseres Sternenhimmels.

Schon die jetzigen Standorte der Pharmaunternehmen in der Waldschneise des Hinkebachtals und am Waldrand des Marbacher Waldes tragen erheblich zur Lichtverschmutzung bei, da die Werksgelände in Zeiten der Dämmerung und nachts beleuchtet sind. Eine Berücksichtigung im Masterplan und der künftigen Marburger Bauleitplanung stellt aus unserer Sicht eine Pflicht dar. Schon jetzt könnten bspw. insektenschonendere Leuchtmittel vorgeschrieben und weitere Maßnahmen gegen die Lichtverschmutzung realisiert werden. Dass damit auch bundesweiter politischer Willen umgesetzt wird, beweist das bereits in Abstimmung befindliche Insektenschutzgesetz. Marburg kann hier auf regionaler Ebene einen wichtigen Beitrag zu einer gesünderen Umwelt für Mensch, Pflanze und Tier leisten."

Abschließend verweisen wir auf:

„Position und Stellungnahme des Bund für Umwelt und Naturschutz Marburg-Biedenkopf zu wesentlichen Aspekten des Klimaschutzes und Gestaltung der lufthygienischen Verhältnisse im Bereich des Stadtteils Marburg-Michelbach sowie der Gemeinde Lahntal im Kontext des Masterplans Pharmastandort Görzhäuser Hof (VO 7292/2020)“

(www.BUND-Marburg-Biedenkopf.net / Pressemitteilung vom 15.6.2020)

Redaktionsteam:

Hartmut Möller – NABU Marburg e.V.

Dr. Andreas Schrimpf – NABU Marburg e.V.

Dr. Anne Archinal – Aktionsgemeinschaft „Rettet den Burgwald“ e.V.